

Sofort beginnen!

Zur Finanzplanung des Senats 2006 bis 2010

Vorweg: „Mach nur einen Plan...“

Der Landeshaushalt ist eingebettet in den volkswirtschaftlichen Zusammenhang. Die Kerngrößen Wachstum und Inflation bestimmen die Einnahmen und beeinflussen auf der Ausgabenseite die Zinssätze, die Kosten der Arbeitslosigkeit und indirekt auch die Höhe der zu zahlenden Löhne und Gehälter.

Die volkswirtschaftlichen Vorhersagen sind notorisch unzuverlässig, nicht alle Sparpläne werden wie geplant umgesetzt und immer wieder sind Aufwüchse zu verarbeiten, die zunächst im Dunkeln liegen. Im Ergebnis gehen Haushaltspläne selten auf, mittelfristige Finanzplanungen praktisch nie und längerfristige Vorhersagen schon gar nicht. Die Planabweichungen erreichen leicht mehrere hundert Millionen Euro und manchmal sogar den Milliardenbereich (siehe Anlage).

Von daher geht es bei der Finanzplanung des Senats 2006 bis 2010 und dem Zahlenanhang der Koalitionsvereinbarung, der bis 2015 reicht, nicht um die konkreten Zahlen, sondern um die Grundrichtung und um grobe Tendenzen. Alles andere wäre Scheingenauigkeit.

Senatplanung weder nachhaltig noch generationengerecht

Die Grundtendenz der rot-roten Finanzplanung lässt sich in einem Satz zusammenfassen: Es handelt sich um ein trostloses Dokument der Handlungsunfähigkeit. Mitten in der Haushaltsnotlage geben SPD und PDS die Haushaltssanierung auf, weil sie sich über die Konsolidierungsschritte nicht einigen können, die nach dem Karlsruher Urteil erforderlich geworden sind.

Das Koalitionsziel, die Neuverschuldung auf 900 Millionen Euro zu senken, führt zu keiner Sanierung des Haushalts. Im Gegenteil: Die Fortschreibung des Szenarios des Senats führt dazu, dass 2020 bald jeder fünfte eingenommene Euro für den Schuldendienst draufgeht.

Koalitionsvereinbarung*	2006 Status	2011	2015	2020
Gesamteinnahmen	18.300	19.700	20.550	21.600
Personalausgaben	6.300	6.300	6.450	7.000
Konsumtive Ausgaben	9.950	10.050	10.800	11.100
Investive Ausgaben	1.700	1.400	1.400	1.400
Bank/Tilgung	150	50	50	0
Primärausgaben	18.100	17.800	18.700	19.500
Zinsen laut Senatslinie	2.400	3.000	3.450	4.000
Gesamtausgaben	20.500	20.800	22.150	23.500
Konsolidierungsbedarf lt. Rot-Rot		-200	-700	-1.000
Neuverschuldung Rot-Rot	2.200	900	900	900
Zins-Einnahme-Quote	13,1	15,2	16,8	18,5

* auf volle 50 Mio. € gerundet; 2006 erwartetes Ist; 2011 und 2015 Senatsplanung; 2020 eigene Fortschreibung;

SPD und PDS haben offenbar vor, die Dinge laufen lassen. Die Ausgaben steigen bis 2015 um über 1,6 Milliarden Euro. Das ist schlicht verantwortungslos.

- Allein die **konsumtiven Ausgaben** steigen bis 2015 um knapp 1 Milliarde Euro. Und das trotz des Abbaus der Anschlussförderung in fast gleicher Größenordnung. Handelt es sich um eine Luftbuchung, die sich nach Umbuchung des BVG Zuschuss in Höhe von 250 Millionen Euro bequem mit dem angegebenen Konsolidierungsbedarf von 700 Millionen Euro verrechnen lässt? Oder handelt es sich um reale Ausgabeabsichten? Dann stellt sich die Frage: Wofür? Bislang hat der Senat nichts zur Aufklärung beigetragen.
- 2009 wird der „**Solidarpakt**“ im Öffentlichen Dienst knapp 400 Millionen Euro schwer sein. 250 Millionen Euro dieser bisherigen Ersparnis will der Senat an Beschäftigten geben. 150 Millionen Euro will er behalten. Anscheinend fühlt sich Rot-Rot bei ver.di im Wort, als hätte es kein Urteil in Karlsruhe gegeben. Obendrein stellt sich die Frage, wie der Senat mit dieser aufgeweichten Verhandlungslinie am Ende wenigstens die 150 Millionen Euro retten will?
- Die angegebene Personaleckzahl lässt sich unter diesen Bedingungen nur mit verstärktem **Personalabbau** erreichen. Aber haben sich SPD und PDS überhaupt auf eine Zielzahl und die begleitend erforderlichen Reformmaßnahmen im Verwaltungsablauf geeinigt? Es sieht nicht danach aus. Über Reformmaßnahmen ist nichts bekannt und als Zielzahl wird alles Mögliche zwischen 115.000 und 93.500 Vollzeitstellen gehandelt.
- Während der Senat einen neuen TV-ÖD mit Anschluss an das übrige Bundesgebiet anstrebt, enthält die Koalitionsvereinbarung keine Aussage zum Beamtenbereich. Bündnis 90/ Die Grünen fordern, dass der Senat den neuen Spielraum der Föderalismusreform nutzt und spätestens bis zur Haushaltsberatung 2008 ein **Landesbeamtengesetz** und ein Versorgungsgesetz vorlegt.
- Zu den seit Monaten, teilweise Jahren bekannten **Haushaltsrisiken** vom Investitionsstau über die Bäderbetriebe, das ICC und die Deutschlandhalle, die BVG, die Charité und die Wohnungsbaugesellschaften, ist in den Koalitionsverhandlungen offenbar keine einzige Entscheidung getroffen worden. Bündnis 90/ Die Grünen fordern, dass der Senat dies umgehend nachholt und seine Konzepte auf den Tisch legt.
- Den Rest besorgt der steigende **Schuldendienst**.

Den Mehrausgaben von 1,63 Milliarden Euro wird abstrakt ein Konsolidierungsbedarf von 730 Millionen entgegen gesetzt, der nicht durch konkrete Maßnahmen aufgelöst wird. Das ist ein geradezu aberwitziger Kompromiss zwischen „Geld ausgeben wollen“ und „Sparen müssen“. Heraus kommt die gegriffene Zielzahl von 900 Millionen Euro Nettoneuverschuldung pro Jahr. Auf etwas anderes haben sich SPD und PDS anscheinend nicht einigen können.

Time is money

Rot-Rot verschiebt die Haushaltskonsolidierung lieber in die Zukunft. 200 Millionen Euro Einsparung plant der Senat in dieser Legislaturperiode. Knapp 530 Millionen Euro schiebt er in die nächste. Die Zeche sollen kommende Generationen zahlen.

Die Aussage von Finanzsenator Sarrazin, erst nach 2020 sei ein ausgeglichener Haushalt samt Einstieg in die Schuldentilgung denkbar, ist zynisch. Denn auch der Finanzsenator weiß: Zeit ist Geld im Kampf gegen eine Schulden-Zins-Schulden-Falle. Mögliche Konsolidierungsschritte darf man auf keinen Fall verschieben, sondern muss so früh und kräftig wie möglich auf die Bremse treten.

Zu einem späteren Zeitpunkt wird die Konsolidierung nicht einfacher sondern schwerer und entbehrungsreicher. Die Aufgabe, die sich Abgeordnetenhaus und Senat in den nächsten beiden Legislaturperioden stellt, ist ungleich anspruchsvoller als jene, vor der SPD und PDS derzeit kapitulieren.

Während Rot-Rot in dieser Legislaturperiode den Steuersegen als „windfall-profit“ voll einkassiert, kann der Einnahmezuwachs in den nächsten beiden Perioden den Anstieg der Belastung nicht mehr kompensieren. Die Abbauraten des Solidarpakts werden größer. Der Zinseszinsseffekt der Schuldenspirale geht weiter. Neben den Zinsen steigt auch die Altlast ungedeckter Pensionskosten ungebremst an.

Vergleich zur Vorperiode*	2006 bis 2010	2011 bis 2015	2016 bis 2020
Einnahmezuwachs	2.359	919	1.081
Abbau Solidarpakt Ost	-341	-699	-963
Anstieg Zinsbelastung	-578	-471	-579
Anstieg Versorgungskosten	-108	-152	-159
Gesamtbelastung	-1.027	-1.322	-1.701
Belastung Netto	1.332	-403	-620

* Belastung Minus, Entlastung Plus; 2006 bis 2010 Finanzplanung;
2010 bis 2015 Koalitionsvereinbarung; bis 2020 eigene Fortschreibung

Die Zins-Einnahme-Relation verschlechtert sich dabei dramatisch, weil die Zinsbelastung sehr viel schneller steigt als die Einnahmen.

Einnahmen & Zinsen	2006 Status	2011	2015	2020
Einnahmen laut Senat	18.300	19.700	20.550	21.600
Anstieg in Prozent		7,7	12,3	18,0
Zinsen laut Senatslinie	2.400	3.000	3.450	4.000
Anstieg in Prozent		25,0	43,8	66,7

Ausgeglichener Haushalt bis 2015 anstreben

Bündnis 90/ Die Grünen fordern, dass sich das Abgeordnetenhaus auf ein finanzpolitisches Ziel verständigt, das das Mindestgebot nachhaltiger Haushaltspolitik wahrt. Die 900 Millionen Euro Neuverschuldung des Senats können das nicht sein. Denn sie führen dazu, dass die Haushaltsnotlage in den nächsten zwei Legislaturperioden größer wird als sie heute schon ist.

Generationengerechte Haushaltspolitik muss mindestens gewährleisten, dass der Anteil der Zinsen an den Einnahmen in Zukunft nicht größer sein wird als heute. Positiv ausgedrückt: Kommende Generationen haben ein Recht darauf, dass ihnen zumindest die gleiche Ausstattung an Finanzmitteln für ihre Gegenwartsbedürfnisse und für Zukunftsinvestitionen zur Verfügung steht wie uns heute.

Wir müssen also versuchen, die **Zins-Einnahme-Quote** mittelfristig zu stabilisieren. Modellrechnungen zeigen, dass dies nur möglich ist, wenn Berlin um 2015 einen **ausgeglichener Haushalt** erreicht, in die Schuldentilgung einsteigt und die Zins-Einnahme-Quote dadurch wieder auf das heutige Niveau drückt. Eine Finanzplanung, die das nicht einmal ins Auge fasst, ist das Papier nicht wert auf dem sie steht.

Notwendig	2006 Status	2011	2015	2020
Gesamteinnahmen	18.300	19.700	20.550	21.600
Personalausgaben	6.300	6.300	6.450	7.000
Konsumtive Ausgaben	9.950	10.050	10.800	11.100
Investive Ausgaben	1.700	1.400	1.400	1.400
Bank/Tilgung	150	50	50	0
Primärausgaben	18.100	17.800	18.700	19.500
Zinsen von 4 auf 4,5%	2.400	2.850	2.900	2.900
Gesamtausgaben	20.500	20.650	21.600	22.400
Konsolidierungsbedarf lt. Rot-Rot		-200	-700	-1.000
Zusätzliche Konsolidierung		-350	-350	-350
Neuverschuldung	2.200	350	0	-550
Zins-Einnahme-Quote	13,1	14,5	14,1	13,4

Es lohnt sich auf jeden Fall, in dieser Legislaturperiode 300 bis 400 Millionen Euro zusätzlich einzusparen. Bei einem Zinssatz bis 4,5 Prozent lässt sich damit 2015 ein ausgeglichener Haushalt erreichen (siehe Tabelle). Bei den vom Senat unterstellten höheren Zinssätzen, die zu den von ihm unterstellten Nominalwachstum von 2,2 Prozent nicht passen und deshalb zu hoch angesetzt sind, wäre dies immerhin 2020 der Fall.

Zusätzliche Maßnahmen

Statt die Flinte nach dem Karlsruher Urteil ins Korn zu werfen, sollten wir versuchen die erforderliche Anstrengung zu unternehmen.

- Als Erstes müsste der Senat der Anregung des Bundesverfassungsgerichts Folge leisten und die **Gewerbsteuer** erhöhen. Berlin sollte sich zunächst nicht an den vom Gericht geforderten Hamburger Hebesätzen orientieren, ja nicht einmal an der Gewerbesteuer von

Dresden oder Leipzig. Es reicht aus, den Hebesatz von 410 Punkten auf das Potsdamer Nachbarschaftsniveau von 450 Punkten anzuheben. Ein ernsthaftes Standortproblem ist damit nicht verbunden. Die Maßnahme könnte noch mit dem von uns geforderten Nachtragshaushalt 2007 in Kraft treten und würde mindestens 100 Millionen Euro erbringen. Es wäre nur gerecht, wenn nicht nur die Mieter und Hausbesitzer sondern auch die übrige gewerbliche Wirtschaft zu einem Beitrag gegen die Haushaltsnotlage herangezogen würde.

- Auf der Ausgabenseite muss ein Paket zur Dämpfung der Personalkosten geschnürt werden, das den bisherigen Effekt des Solidarpakts voll kompensiert. Wichtigste Maßnahme eines solchen Pakets ist es, die im Solidarpakt geltende Absenkungen von Arbeitszeit und Gehalt auf den Beamtenbereich zu übertragen. In einigen Bereichen, etwa bei den Lehrern, wird ein entsprechend größerer Einstellungskorridor erforderlich. Hinzu kommen Maßnahmen zur Anpassung der Beihilfe an die gesetzliche Krankenversicherung, zu Einstiegsbesoldung, Beförderung, Frühpensionierung und Versorgungskosten. Bündnis 90/ die Grünen werden ein solches personalwirtschaftliches Maßnahmenpaket im ersten Halbjahr 2007 vorlegen.
- Schließlich sollte der Senat eingestehen, dass die Gründung der Kita-Eigenbetriebe ein kostspieliger Irrweg war. Die vollständige Übertragung der Kindertagesstätten in freie Trägerschaft würde dagegen eine Einsparung von rund 50 Millionen Euro bringen.